

Wer bietet mehr?

Rot-schwarze Streithähne überhäufen Familien jetzt mit faulen Wahlzuckerln

■ „Während der gesamten Legislaturperiode haben SPÖ und ÖVP den familienpolitischen Schlaf der sozial Ungerechten geschmachtet. Es ist deshalb ein sehr durchsichtiges Manöver, diese Versäumnisse durch hohle Wortspenden kurz vor der heißen Phase des Wahlkampfes kassieren zu wollen“, wunderte sich Familiensprecher Norbert Hofer über das gegenseitige Überbieten in Wahlversprechungen bei zukünftigen Familienleistungen der beiden Noch-Koalitionsparteien.

Seit dem Jahr 2000 wurde etwa die Familienbeihilfe nicht mehr

angehoben und hat allein dadurch 15 Prozent an Wert eingebüßt. Ein Verlust, der durch die „Familienpakete“ von Molterer und Faymann nicht einmal im Ansatz wettgemacht wird.

Auch in Sachen Kinderbetreuung befinden sich die beiden Parteien in einem fiktiven Wettlauf, da sie ihre Vorschläge mit den exekutierenden Institutionen, den Bundesländern, nicht abgesprochen haben. Besonders „elegant“ der Vorschlag des Wiener Bürgermeisters Häupl, die Schulpflicht schon ab dem fünften Lebensjahr einzuführen. Denn

damit verlagern sich die Kosten weg vom Land und hin zum Bund. Für die Wiener Eltern wäre das eine echte Entlastung, denn das „rote Wien“ kassiert die höchsten Kindergartenbeiträge.

„Allein das zeigt schon den Alibicharakter der Initiative und die fahrlässige Unernsthaftigkeit, mit der die beiden Parteien mit den Bedürfnissen der österreichischen Familien verfahren“, kritisierte Hofer.

Die FPÖ fordere unverändert halbtags kostenlose Kindergartenplätze vom dritten Lebensjahr des Kindes bis zum Schuleintritt. Wo kein Kindergarten zur Verfügung stehe, habe dieses Angebot auch für Tagesmütter zu gelten.

„Was bei der ehemaligen Familienpartei ÖVP besonders stört,



Hofer: Zwei Jahre lang haben ÖVP und SPÖ die Familien ignoriert – jetzt werfen sie mit faulen Wahlzuckerln nach ihnen.

ist die für jeden Österreicher augenscheinliche Wandlung der einst christlich verwurzelten Partei zu einer Galerie der Scheinheiligkeit“, bemerkte Hofer in Richtung Molterer, dessen Partei ja der kinderlosen Seitenblicke-Ministerin Kdolsky das Ressort überantwortete. Mit dem entsprechenden Ergebnis.

OECD bestätigt FPÖ-Wirtschaftsprogramm

■ „Unsere Kritik an der Steuer-, Finanz- und Budgetpolitik der Bundesregierung wurde jetzt voll inhaltlich auch von der OECD bestätigt“, bemerkte Wirtschaftssprecher Bernhard Themessl zur jüngsten Steuer-Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Die Studie mache deutlich, daß die Masse der Bevölkerung von Rot-Schwarz mit ausufernden Abgabenbelastungen geschröpft wurde, während vor allem das ÖVP-Klientel und Konzerne Vergünstigungen erhielten.



Themessl: Rot-schwarze Steuerreform ist eine Verhöhnung der Arbeitnehmer!

Diese „Unreform des Herrn Grasser“ wurde so vernichtend beurteilt. „Die Klein- und Mittelbetriebe, die das Rückgrat unserer Wirtschaft bilden, müssen sich mit der europaweit höchsten Abgabenbelastung des Faktors Arbeit herumschlagen. Ein unrühmlicher Pleitenrekord ist die Konsequenz“, zeigte Themessl auf.

Nachlassender Konsum, sinkende Kaufkraft und die kritische Lage am Arbeitsmarkt seien die logische Folgen dieser Politik. Durch das Ignorieren der Teuerung werde die Lohnsteuer in wenigen Jahren automatisch bald 4,8 Milliarden Euro des Einkommens der Arbeitnehmer wegfressen.

„Allein dieser Betrag ist somit erforderlich, um die Lohnsteuererhöhung seit 2005 rückgängig zu machen. Das Volumen einer tatsächlich entlastenden Steuerreform muß daher deutlich über diesem Betrag liegen“, bemerkte der FPÖ-Wirtschaftssprecher zu dem die Arbeitnehmer verspotenden „Drei-Milliarden-Angebot“ der rot-schwarzen Steuerreform-Kommission.

Mahnung an brüsselhörige Politiker

Deutsches Verfassungsgericht lockert generelles Rauchverbot in Gaststätten

■ „Der Erfolg in Karlsruhe, wonach das strikte Rauchverbot in Gastronomiebetrieben in Baden-Württemberg und Berlin als verfassungswidrig erkannt wurde und damit aufgelassen werden muß, zeigt einmal mehr,

daß sich die Menschen von Brüssel nicht alles diktieren lassen müssen“, kommentierte Generalsekretär Harald Vilimsky den Spruch der deutschen Verfassungsrichter.

Wenn Besitzer von Gaststätten nun selbst auf die Barrikaden gehen, um sich gegen das Rauchergesetz zu wehren, so sei offensichtlich, daß die Bevormundung aus Brüssel nicht weiter geduldet werde. Sowohl die Gäste als auch die Wirte wollen frei entscheiden dürfen und nicht den Willen anderer aufgedrückt bekommen.

„Es hat bisher keinerlei Probleme gegeben, da auch der Gast bisher sehr gut selbst bestimmen konnte, ob er ein Raucher- oder ein Nichtraucherlokal betritt“, erklärte Vilimsky.



Vilimsky: Deutsche Verfassungsrichter zeigen Grenze für Brüsseler Diktat auf!